

Einwohnerrat

Sitzungsprotokoll vom 7. Juli 2020

Vorsitz:	Sven Ammann, Einwohnerratspräsident
Anwesend:	36 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Auskunftsperson:	Christoph Hofstetter, Stadtschreiber Peter Baumli, Verwaltungsleiter Marc Lindenmann, Leiter Abteilung Finanzen
Protokollführung:	Stefan Wiedemeier, Vizestadtschreiber
Entschuldigt:	Adriano Picco Bettina Hännny Christina Bachmann-Roth Beat Hiller
Zeit:	19.00 Uhr bis 21.40 Uhr
Ort:	Rittersaal auf Schloss Lenzburg

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts
3. Jahresbericht und Rechnungen der Einwohnergemeinde für das Jahr 2019
4. Umgestaltung und Sanierung Bahnhofstrasse (Abschnitt Augustin Keller-Strasse bis Kernumfahrung); Verpflichtungskredit
5. Verlegung Fussgängersteg Wil; Verpflichtungskredit
6. Umfrage

V e r h a n d l u n g e n :

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Sehr geehrte Damen und Herren des Einwohnerrats und des Stadtrats, hiermit begrüsse ich Sie herzlich zur 14. Sitzung des Einwohnerrats der laufenden Legislatur.

Ein herzliches Willkommen unserem "Schlossratsweibel", Marcel Wattinger und seinem Team. Sie haben es momentan nicht einfach. Ich hoffe jedoch, dass bei der nächsten Sitzung nur noch eine Frage zu klären ist: Wo platzieren wir unsere Zuschauer? Als Auskunftspersonen begrüsse ich Christoph Hofstetter, Stadtschreiber, Marc Lindenmann, Leiter Finanzen, und Peter Baumli, Verwaltungsleiter. Immer, wenn ich mein Natel in die Hand nehme und die Spracherkennungssoftware "Siri" mich fragt, möchtest du wieder Stefan Wiedemeier anrufen, dann weiss ich, es ist Zeit für die nächste Einwohnerrats-sitzung. Wie schon so oft erwähnt, keine Einwohnerratssitzung ohne Stefan Wiedemeier. Danke, dass du wie immer vor, während und nach der Sitzung für uns da bist. Grüezi und Danke auch unseren Medienvertretern, Ruth Steiner und Anja Sutter von der Aargauer Zeitung sowie Fritz Thut vom Lenzburger Bezirks-Anzeiger. Herzlichen Dank bereits im Voraus für die Berichterstattung.

Wir alle schreiben heute Geschichte. Die erste Einwohnerratssitzung in der Jugendfestwoche. Gesamthaft gab es bereits 276 Einwohnerratssitzungen. Nach der Aula des Bleicherainschulhauses und der Aula der Schulanlage Lenzhard haben wir uns schon im Gemeindesaal Niederlenz und im Panorama-saal der Berufsschule Lenzburg getroffen. Jetzt sitzen wir hier in unserem Wahrzeichen. Ich möchte nicht länger sprechen, zuerst müssen wir noch ein wenig arbeiten. Danach dürfen wir unser Schloss bei einem Aperitif geniessen.

Die Traktandenliste und die weiteren Unterlagen sind Ihnen rechtzeitig zugestellt worden. Ich stelle fest, dass der Rat beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet.

1 Mitteilungen

1. Protokolle

Das Protokoll der Sitzung vom 18. Juni 2020 ist noch in Arbeit.

2. Rechtskraft von Beschlüssen

Die Einwohnerratsbeschlüsse vom 18. Juni 2020 sind noch nicht in Rechtskraft erwachsen. Die Referendumsfrist läuft am 27. Juli 2020 ab.

3. Neueingänge

Liegen keine vor.

4. Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung haben sich Beat Hiller, Adriano Picco, Bettina Hänny und Christina Bachmann-Roth entschuldigt.

5. Stimmenzähler

Nachdem Adriano Picco entschuldigt ist, hat sich Myrtha Dössegger bereit erklärt, das Amt als Stimmenzählerin für die heutige Sitzung zu übernehmen.

Falls es Einwendungen geben sollte, bitte jetzt melden. Dies scheint nicht der Fall zu sein. Danke für deine Arbeit, Myrtha.

2 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Sprecher der Einbürgerungskommission ist Markus Thöny (SVP): Heute befinden wir über sechs Gesuche zur Erlangung der Schweizer Staatsbürgerschaft. Alle Bewerber haben sich im November 2019 den Fragen der Kommission gestellt. Wer hätte damals gedacht, dass diese Gesuche an diesem speziellen Ort auf unserem schönen Schloss Lenzburg zur Abstimmung kommen würden? Inspiriert durch die Örtlichkeit habe ich mir gedacht, wir könnten wieder einmal einen kleinen Ausflug in die Geschichte machen.

Ich fragte mich, woher das Wort Gemeindebürger kommt und was es damals aber auch heute bedeutet. Wir beginnen einfachheitshalber in der Gegenwart. Das Bürgerrecht wird in Art. 37 und 38 der Bundesverfassung und im Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht geregelt. Zusammengefasst bezeichnen diese Artikel die Staatsangehörigkeit resp. die rechtliche Zugehörigkeit einer natürlichen Person zur Schweizer Eidgenossenschaft. Das Schweizer Bürgerrecht kann nur zusammen mit dem Kantons- und Gemeindebürgerrecht erworben werden. Genau für Letzteres werden die heutigen Gesuche behandelt. Die erste Stufe für den Erhalt des Schweizer Passes wird heute durch uns entschieden. Stimmen wir den Gesuchen zu, erhalten die Gesuchsteller die provisorische Zusicherung des Lenzburger Gemeindebürgerrechts. Der weitere Weg führt dann via Kanton zum Bund. Liegen keine Vorbehalte vor, kann der Gesuchsteller den Schweizer Pass auf dem Passamt in Aarau ausstellen lassen. Darin vermerkt wird der Bürgerort oder auch der Heimatort, in diesem Fall, Lenzburg. Das Gesetz hält auch fest, welche Personen das Bürgerrecht und die Staatsbürgerschaft automatisch erhalten.

Kommen wir zur Vergangenheit: In der Alten Eidgenossenschaft (und auch vorher) war die Gemeinde, in der die Vorfahren gelebt und Rechte und Pflichten erworben haben, der Heimatort. Im Bürgerort hatte der Bürger Rechte an gemeinsamen Gütern, wie z.B. Wald oder Allmend. Allmend beschreibt auch heute noch den Gemeinschaftsbesitz einer parzellierten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Man hatte sogenannte Geldwertvorteile. Damit bezeichnete man Einnahmen, welche den Bürger bereicherten, jedoch nicht in einer monetären Form. Pflichten gab es auch: U.a. Treue zur Stadt, Bereithaltung von Waffen zur Verteidigung der Stadt bei Angriffen, Mithilfe beim Kampf gegen Feuersbrünste und selbstverständlich das fristgerechte Bezahlen von städtischen Steuern. Der Bürgerort war auch verpflichtet, für seine unterstützungsbedürftigen Bürger aufzukommen. Im 19. Jahrhundert wurde von vielen Gemeinden versucht, diese Pflicht zu umgehen, indem man den Armengenössigen die Überfahrt nach Amerika bezahlte, wenn sie im Gegenzug auf ihr Bürgerrecht verzichteten. Ein etwas unrühmliches Kapitel in der Schweizer Geschichte. Heute besteht diese Verpflichtung für den Heimatort nicht mehr.

Der ursprüngliche Erlass aus dem Jahr 1681 wurde allerdings erst 2012 durch den Nationalrat aufgehoben.

Der Bürger: Im mittelalterlichen Europa beschreibt das Wort Bürger einen Einwohner oder Bewohner einer befestigten Stadt, sprich eine schützende Umgebung mit eigenem Stadtrecht. Gegenüber dem einfachen Einwohner, damals auch Inwohner oder Beisassen genannt, unterschieden sie sich wie bereits erwähnt durch besondere Bürgerrechte, wie gewisse Privilegien und Besitze.

Die Herleitung des Worts Bürger: Aus dem Althochdeutschen bedeutet Burga soviel wie Schutz. Burgus (Spätlateinisch) beschreibt eine befestigte Anlage. Die Aufzählung ist interessant, man könnte diese noch weit ausdehnen. Ich belasse es aber bei den zwei wichtigsten. Wie man auch immer das Wort Bürger herleitet, dem damaligen Bürger war die Trennung zwischen den Wörtern Bürger und Burgmann sehr wichtig. Beschreibt doch der genannte Burgmann ein besoldeter Wachmann einer Burg. Auf diese Stufe wollte sich natürlich der Bürger nicht reduzieren lassen.

Kommen wir zurück zur Gegenwart. Heute ist der Begriff Bürger in der Schweiz ein klar definierter juristischer Begriff. Er beinhaltet unter anderem das Wahl- und Stimmrecht. Genau diese Rechte erhalten auch die Gesuchsteller des heutigen Abends. Ein grosser Vertrauensbeweis und eine Wertschätzung, die sie damit erhalten. Sie sollen von ihrem Recht Gebrauch machen und sich aktiv an der Politik beteiligen. Sie dürfen die künftigen Geschehnisse in unserem Land mitbestimmen. Ich wünsche allen Gesuchstellern in Zukunft alles Gute in unserer schönen Schweiz. Die Einbürgerungskommission empfiehlt dem Einwohnerrat die Annahme sämtlicher Gesuche.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Danke, Markus Thöny. Die Diskussion ist offen. Wünscht jemand das Wort? Wenn die Diskussion nicht gewünscht wird, komme ich zu den Abstimmungsfragen.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann erläutert das weitere Vorgehen.

Abstimmungen

Grossmehrheitlich beschliesst der Einwohnerrat, über die Einbürgerungsgesuche in globo und geheim abzustimmen.

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 8. April 2020 wird in geheimer Abstimmung sämtlichen Gesuchstellenden das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zugesichert:

Diese Beschlüsse unterliegen nicht dem fakultativen Referendum.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Ich gratuliere allen Gesuchstellern recht herzlich und rufe Sie auf, ihre Pflichten und Rechte in unserer Demokratie auszuüben. [Applaus]

3 Jahresbericht und Rechnungen der Einwohnergemeinde für das Jahr 2019

Eintretensdebatte

GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus (SVP): Ein würdiger Rahmen für eine würdige Rechnung, könnte man es auf den Nenner bringen. Das Geschäft, über welches wir jetzt beraten, ist ein wichtiges. 150 Seiten Rechnung und 87 Seiten Jahresbericht (ohne den Teil der Ortsbürgergemeinde). Gross ist nicht nur die Seitenzahl, sondern auch der Arbeitsaufwand, welcher bis heute Abend geleistet wurde. Die Abteilung Finanzen investierte alleine 200 Stunden für die Erstellung dieser Rechnung. Bevor sich der externe Revisor und die GPFK damit beschäftigen, wurde das Werk im Stadtrat beraten und verabschiedet. Als nächstes prüfte der externe Revisor die Rechnung während drei Tagen, führte eine zusätzliche Schwerpunktprüfung durch und erstellt den Prüfungsbericht. Die Mitglieder der GPFK bereiteten 15 Prüfungsgespräche vor, führten diese mit den Abteilungsleitern und erstellten Prüfberichte zu den Abteilungen. In Vorbereitung auf das vorliegende Traktandum diskutierte die GPFK die Prüfberichte in einer Schlussitzung mit dem externen Revisor und besprach an einem runden Tisch mit dem Stadtrat die offenen Fragen aus dieser Rechnungsprüfung. Natürlich habt auch ihr euch innerhalb eurer Fraktionen intensiv mit den beiden Werken auseinandergesetzt. Nach diesem veritablen Marathon haben wir am Ende des Tages tatsächlich eine Sommerpause verdient. An dieser Stelle sage ich allen vielen Dank, welche hier mit Energie und Engagement gearbeitet haben. Natürlich bereitet es umso mehr Freude, wenn es um eine Rechnung wie diese von 2019 geht. Das lässt sich schon an den Prädikaten ablesen, welche in den Kernaussagen zum Zahlenteil genannt wurden: Erfreulich, stabil, hervorragend und höher. Der Steuerertrag ist nochmals um 0,3 Mio. Franken gestiegen und bleibt leicht über dem Budget. Der einzige Wehrmutstropfen: Die Steuerkraft pro Einwohner ist leicht gesunken. Wir haben weiterhin eine quantitative Zunahme bei den Steuerzahlern, diese wachsen aber nicht mehr qualitativ. Diese Entwicklung ist im Auge zu behalten.

Der zweithöchste Ertragsposten ist die Dividende der SWL. Der Stadtrat hat sehr optimistisch und vielleicht auch einmal zu optimistisch mit einer Dividende von 1,9 Mio. Franken gerechnet. Ausbezahlt hat die SWL nur 1,2 Mio. Franken. Dies entspricht notabene demjenigen Betrag, den die Eigentümerstrategie als Mindestbetrag festlegt, dies unabhängig des Geschäftsgangs der SWL. Man könnte sich fragen, ob die Dividende noch tiefer ausgefallen wäre, wenn es diese Untergrenze nicht gegeben hätte. Angesichts der Herausforderungen, welche mit der laufenden Liberalisierung des Energiemarkts verbunden sind, werden wir auch hier ein Auge darauf richten.

Schön, dass sich das Gesamtergebnis stabil entwickelt und nach wie vor positiv ist. Schöner wäre es natürlich gewesen, wenn die Abschreibungen für Bleicherain und Lenzhard bereits im Budget berücksichtigt worden wären. Für uns wäre es planbar gewesen. Investitionsmässig war das Jahr 2019 ein Jahr zum Durchatmen. Erfreulich ist die Halbierung der Nettoverschuldung pro Kopf. Ihr wisst jedoch alle, dass grosse Investitionen vor uns liegen. Es ist gut zu wissen, dass wir einen überdurchschnittlich hohen Selbstfinanzierungsgrad ausweisen.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Danke, Corin Ballhaus. Die Diskussion ist eröffnet, wem darf ich das Wort erteilen?

Annette Sikyr (SP): Im Namen der SP-Fraktion ein grosses Dankeschön an alle, welche am Jahresbericht 2019 mitgearbeitet haben. Der Jahresbericht ist sehr schön gestaltet. Er ist übersichtlich, einfach und verständlich geschrieben und gut strukturiert. Einzelne Grafiken dürften vielleicht noch aussagekräftiger sein. Grundsätzlich sind jedoch alle Grafiken für das Auge und auf einen Blick erkennbar und zeigen die Zahlen in einem Mehrjahresvergleich auf, wie sie sich entwickelten. Die Berichterstattung über das Jahr 2019 wurde durch gelungene Fotos aufgelockert sowie durch interessante Hintergrundinformationen ergänzt. Ich persönlich habe nicht gewusst, dass alte und mächtige Bäume im Mittelland darum selten sind, weil es in einer betriebswirtschaftlichen Holzproduktion nötig ist, dass man Bäume im Alter von 80 bis 120 Jahren fällt. Es ist gut zu wissen, dass die Forstdienste Lenzia den Wert dieser Baumriesen schätzt, dass sie ihnen Sorge tragen und für einen bewussten Umgang mit diesen Bäumen in den letzten Jahren ein Bauminventar erstellt haben.

Der Jahresbericht 2019 beinhaltet einen Gesamtüberblick über die Tätigkeit der Verwaltung. Im Bericht kann man lesen, dass z.B. die Polizeipräsenz erhöht wurde. Ein Problem waren Autos, welche unnötig und übermässig Lärm verursachten. Die Polizei löste das Problem mit Spezialkontrollen. Im Jahresbericht 2019 informiert der Stadtrat über die Schwergewichte seiner Tätigkeit. Dies sind die Ziele der Legislaturperiode 2018 bis 2021. Gleichzeitig zeigt der Stadtrat auf, mit welchen Massnahmen im letzten Jahr Legislaturziele erreicht wurden. Eines dieser Ziele ist z.B. die Gewährleistung eines attraktiven Langsamverkehrs in der Stadt Lenzburg. Zu diesem Zweck wurde an der Augustin Keller-

Strasse sowie auf der Murackerstrasse Tempo 30 eingeführt. Dieses Thema wurde auch hier im Rat besprochen. Schön wäre, wenn im nächsten Jahresbericht eine Einschätzung, wo man mit der Umsetzung der Ziele steht, was noch zu tun ist und ob Ziele erreicht werden können, aufgeführt würde. Der Jahresbericht des Stadtrats zuhanden des Einwohnerrats ist fundiert und informativ. Es macht Freude, den Bericht durch zu stöbern und sich mit einer Materie zu befassen, welche in der Regel trocken ist. Im Namen der SP-Fraktion ein grosses Merci an den Stadtrat und die Mitarbeiter der Stadt, welche am Jahresbericht 2019 mitgearbeitet haben sowie für ihre im letzten Jahr geleistete Arbeit.

Michael Häusermann (SVP): Jahresbericht und Rechnungen für das Jahr 2019, ein Zusammenspiel aus Licht und Schatten. Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die Erstellung der Rechnung 2019, insbesondere Marc Lindenmann und seinem Team. Die Rechnung 2019 sieht ausserordentlich erfreulich aus, so die Wortwahl des Stadtrats. Dieser schliesst sich die SVP-Fraktion an. In Zahlen ausgedrückt sind 3,135 Mio. Franken Ertragsüberschuss sehr erfreulich. Vor allem hat uns gefreut, dass wir nach 2017 und 2018 erneut ein positives Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit schreiben dürfen.

Steuereinnahmen: Betrachtet man es gesamthaft, hatten wir auch ein wenig Glück. Leider haben wir bei den Einkommenssteuern den budgetierten Betrag um knapp Fr. 60'000.– nicht erreicht. Trotzdem ist erfreulich, dass die Einkommenssteuern leicht gesteigert werden konnten. Dieses positive Ergebnis verdanken wir den Quellen- und den Grundstückgewinnsteuern. Sprudeln diese Steuern, so ist es vor allem ein guter Verlauf der Börse, für den wir dankbar sein sollten. Die SVP-Fraktion dankt den 6'737 Einwohnerinnen und Einwohnern und den Firmen, die in Lenzburg Steuern bezahlen. Ein auch 2019 hoher pro Kopf Steuerertrag zeigt, dass Lenzburg durchaus attraktiv ist, auch wenn wir z.B. noch keine Tagesschulen haben.

Dass die SWL "nur" eine Dividende von 1,2 Mio. Franken ausbezahlt hat, zeigt, dass das wirtschaftliche Umfeld im Energiesektor schwieriger geworden ist. Mit der Liberalisierung wird die Zukunft noch schwieriger werden. Es zeigt sich aber auch, dass die SWL keine "Milchkuh" ist, die einfach gemolken werden kann. Die SVP-Fraktion bedankt sich bei der SWL für die 1,2 Mio. Franken Dividende. Unsere Fraktion freut auch die Tatsache, dass die Nettoschuld reduziert werden konnte. Im Finanzplan 2017 bis 2022 wurden für Ende 2019 Schulden in der Höhe von 13,86 Mio. Franken prognostiziert. Wir sind froh, sind wir nicht bei diesen 13,86 Mio. Franken, sondern mittlerweile bei 6,028 Mio. Franken Schulden. Hinter den Nettoinvestitionen von 2,8 Mio. Franken kann unsere Fraktion stehen. Schon fast naturgemäss fliesst ein sehr grosser Teil der Investitionen in die Sanierung unserer Strassen. Weiter haben wir für das Schulhaus Bleicherain 1,3 Mio. Franken und für das Schwimmbad Fr. 100'000.– (neue Folie im Schwimmbaden) investiert.

Man darf auch einmal positiv erwähnen, dass wir natürlich auch in unser Personal investieren. Investitionen im Informatikbereich von über Fr. 400'000.– sind ein Zeichen, dass wir auf unsere Angestellten zählen und dass wir bereit sind, ihnen moderne Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.

Besonders erfreulich ist für uns der Selbstfinanzierungsgrad von 294,55 %. Dieser liegt überdeutlich über 100 %. Dass die Rechnung der Abwasserbeseitigung negativ ausfällt, ist für uns kein Problem. Wir haben immer noch 21,5 Mio. Franken Guthaben. Bei der Abfallbewirtschaftung schlagen die Investitionen in die Unterflursammelstellen (neben den Gebührensenkungen) finanziell voll durch. Dass das Vermögen geringer als in den Vorjahren ist, ist aus unserer Sicht verkraftbar. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass die Stadt Lenzburg im Abfallwesen – verglichen mit einem Auto – zwischen Ober- und Luxusklasse fährt. Nochmals ein Minus Fr. 318'000.– in einem Jahr sollten wir uns nicht leisten. Wir sind gespannt, wie in Zukunft die Unterhaltskosten der Unterflursammelstellen aussehen.

Wir haben jedoch nicht nur erfreuliche Zahlen in dieser Rechnung gefunden. Was uns gar nicht gefällt, ist die Tatsache, dass wir 7,029 Mio. Franken im Sozialbereich ausgeben mussten. Auch wenn dieser Wert unter dem Budget und dem Vorjahr liegt, dürfen wir nicht vergessen, dass wir beispielsweise 2017 Nettoaufwendungen von 5,6 Mio. Franken und 2016 von 5,8 Mio. Franken hatten. Die Frage ist also erlaubt, ob wir mit jedem weiteren Ausbau unserer sozialen Vollkasko mentalität nicht einfach die falschen Personen anziehen. Offenbar ist es auch eine gängige Praxis, dass Asylbewerber in kleineren Gemeinden bleiben, solange die soziale Unterstützung vom Bund kommt. Wenn diese ausläuft, erhalten diese Personen den Rat, in die Stadt zu ziehen, weil dort das soziale Netz noch etwas ausgebauter und besser ist. Solche Personen bleiben dem Lenzburger Steuerzahler erhalten.

Zusammengefasst: Die Rechnung 2019 kommt für uns solide daher. Der Abschluss ist erfreulich. Die SVP-Fraktion tritt auf die Rechnung ein.

Am Anfang meiner Ausführungen habe ich von Licht und Schatten gesprochen. Ich möchte noch ein paar Worte über den Jahresbericht, welcher eigentlich Rechenschaftsbericht heissen sollte, an Sie richten. Die SVP-Fraktion weist den Stadtrat darauf hin, dass gemäss § 16 der Gemeindeordnung die Jahresrechnung mit dem Rechenschaftsbericht zu beraten ist (kein Jahresbericht). Aus unserer Sicht entbehrt die selbstbestimmte Umbenennung des Rechenschaftsberichts in Jahresbericht einer gesetzlichen Grundlage und müsste eigentlich rückgängig gemacht werden.

Wir haben bereits letztes Jahr moniert, dass der neu geschaffene Jahresbericht im Vergleich zum langjährigen Rechenschaftsbericht eher eine Tourismusbroschüre für Neuzuzüger darstellt als ein Rechenschaftsbericht einer Behörde. Was hat sich seit letztem Jahr getan? Nichts. Der Stadtrat bleibt bei diesem Thema stur. Ich finde das schade. Es ist für uns auch im zweiten Jahr rätselhaft, dass die Gliederung des Zahlenberichts mit den Verwaltungsabteilungen in der Rechnung nicht übereinstimmt. Wir vermissen nach wie vor

die Tabelle, welche den Personalbestand mindestens der letzten fünf Jahre aufzeigt (es dürfen auch mehr sein). Warum der Personalbestand auf Seite 19 des Jahresberichts zusammengefasst und nicht detaillierter (analog der Rechnung) aufgezeigt wird, wissen wir nicht. Ist es benutzerfreundlich, wenn im Jahresbericht klein aufgeführt wird, dass der detaillierte Stellenplan im Jahresabschluss enthalten ist?

Das Kapitel Einwohnerrat fällt bei uns komplett durch. Dieses ist nicht brauchbar. Offenbar gibt es in der Verwaltung niemanden, der uns mag. Nicht einmal die personelle Besetzung oder die politische Zusammensetzung haben Platz gefunden. Die Berichterstattung über unsere Tätigkeit gleicht der Vorgehensweise der chinesischen Zensurbehörde. Hatten wir im 2019 nicht noch die eine oder andere Vorlage, die vom Einwohnerrat abgewiesen wurde? Haben Sie darüber im Jahresbericht etwas gelesen? Weiter fehlt uns eine Tabelle über die Entwicklung der Schulden unserer Stadt in den letzten Jahren. Es interessiert doch die Leute, wie sich die Schulden entwickeln und nicht nur wie sie aktuell sind. Weiter wäre es für den Leser verständlicher, wenn mittels Kreisdiagramm – wie gehabt – der Aufwand und Ertrag nach Arten aufgezeigt würde. Bis und mit 2017 war dies möglich. Die Auflistungen im Jahresbericht 2019 auf Seiten 80 bis 85 sind für mich äusserst mühsam zu lesen. Dass es besser gehen könnte, zeigt uns Seite 78. Hier sehen wir die Entwicklung der Steuerpflichtigen der letzten 10 Jahre. Gratulation zu dieser Grafik.

Die derzeitige Aufmachung des Jahresberichts hat noch sehr viel Potential nach oben. Unsere Fraktion gibt die Hoffnung nicht auf. Es wäre schön, wenn der Stadtrat ein wenig von der sturen Haltung abweicht. Schliesslich lässt sich der Stadtrat den Bericht eine Menge Steuerfranken kosten. Für unser Verständnis zu viel.

Franck Robin (SP): Ich melde mich im Namen der SP zur Rechnung 2019 zu Wort. Wir haben einen (fiktiven) Brief vom Bundespräsidium zur Rechnung 2019 erhalten. Der Inhalt lautet wie folgt:

Bern, am 7. Tag des Heumonats 2020

An die Räte der Stadt Lenzburg

*Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren der Legislative und Exekutive*

Mit grossem Dank und Freude habe ich von der ausgeglichenen Rechnung Ihrer Stadt Kenntnis genommen. Der Vorsteher des Eidg. Finanzdepartements, Herr Maurer, hat mich persönlich darüber informiert. Es freut mich, dass Sie mit grosser Sorgfalt und mit einem Ertragsüberschuss von über 3 Mio. Franken das Geld ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger verwalten und zum Wohl Ihrer ehrenwerten Stadt verwenden, sparsam damit umgehen und mit dem kleinen Schuldenberg ein grosses Vorbild für unser Land sind. Dass die Stadt Lenzburg

ihre Nettoschuld auf ein Rekordtief von 6 Mio. Franken reduzieren konnte – so tief wie seit Jahrzehnten nicht mehr – ist des Lobes würdig.

Es ist mir zu Ohren gekommen, dass in Ihrer Stadt künftig grössere Investitionen bevorstehen, welche zugunsten aller Bürgerinnen und Bürger getätigt werden müssen. Ein moderner ÖV mit dem lang ersehnten Flagg-schiffprojekt Bahnhof Lenzburg und mit einer dem Wachstum Ihrer Stadt angepassten Schulinfrastruktur sind zwei nennenswerte Beispiele einer langen Investitionsliste, die Lenzburg für die Zukunft fit macht.

Nehmen Sie meinen innigen Dank für Ihre fleissige Arbeit zur Kenntnis. Die Stadt Lenzburg ist eine Musterschülerin. So haben Sie es redlich verdient, Ihre Sitzung im edlen Rittersaal des geschichtsträchtigen Schlosses zu halten, dass Ihrer schönen Stadt den Namen gegeben hat. Gross ist mein Bedauern darüber, dass das Coronavirus Ihnen das schönste Fest des Jahres gekillt hat. Lassen Sie die einzigartige Tradition des Jugendfests in Ihren Herzen leben und uns nächstes Jahr wieder alle gemeinsam an der "Sambar" die Gläser erheben.

*Mit präsidialem Gruss und bleibt Sie gesund
Ihre Landesmutter, Bundespräsidentin Simonetta Somaruga*

Der Brief der Bundespräsidentin entspricht ganz der Haltung der SP. Die SP-Fraktion wird auf die Rechnung 2019 eintreten.

Regula Züger Caceres Arroyo (Grüne): Ich möchte mich herzlich bedanken, nicht nur für den wunderschönen Bericht. Ich bin keine Neuzuzügerin, ich habe den Jahresbericht aber sehr genossen und viel gelernt.

Bei der Rechnung darf man sich bei den Stadträten, den Steuerzahlern und der Verwaltung bedanken. Es ist "mega" schön, in Lenzburg arbeiten und leben zu können. Ich möchte mich einfach nochmals recht herzlich bedanken.

Detailberatung Jahresbericht 2019

Grundsätzliches zum Jahresbericht

GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus (SVP): Wir haben bereits Verschiedenes zum Jahresbericht gehört. Wenn wir bei diesem Traktandum von einem Jahresbericht sprechen, fehlt der GPFK die Grundlage dazu. Gemäss Gemeindegesetz, Gemeindeordnung und Einwohnerratsreglement müssten wir einen Rechenschaftsbericht beraten und verabschieden. Dies haben wir schon beim Jahresbericht 2018 bemängelt und leider hat der Stadtrat unserem Wunsch, welchen wir letztes Jahr an dieser Stelle geäussert haben, nicht entsprochen. Ein Rechenschaftsbericht, wie ihn die GPFK wünschen würde, würde im Wesentlichen von den Legislaturzielen ausgehen, würde konkrete Jahresziele

bezeichnen, die sich der Stadtrat setzte, würde aufzeigen, welche Massnahmen zum Erreichen dieser Ziele ergriffen wurden und zu welchen konkreten Ergebnissen diese Massnahmen geführt haben und wieso ein Ziel allenfalls nicht erreicht wurde.

Lesen wir im vorliegenden Jahresbericht, dass Lenzburg das Legislaturziel verfolgt, über einen gesunden Finanzhaushalt zu verfügen (bei einem Steuereffort, welcher dem kantonalen Durchschnitt entspricht), interessiert die GPFK nicht nur die Tatsache, dass 2019 als Massnahme ein Quervergleich mit vergleichbaren Gemeinden des Kantons vorgenommen wurde, sondern uns interessiert genauso, mit welchen Gemeinden man den Vergleich vorgenommen hat. Was ergab dieser Vergleich und wurden konkrete Massnahmen daraus abgeleitet? Wenn der Stadtrat als Legislaturziel definiert hat, eigenverantwortliche, leistungs- und kundenorientierte Mitarbeiter zu gewinnen, zu fördern und zu behalten und dann als Massnahme definiert, er habe Mitarbeitende bei ihrer persönlichen Entwicklung aktiv gefördert, was heisst das? Wie hat diese Förderung konkret stattgefunden, was war das Resultat, wie misst man Eigenverantwortung, Leistung und Kundenorientierung bei den Mitarbeitenden der Stadt? Diese Fragen stellen sich für die GPFK. Dafür benötigen wir nicht 87 Hochglanzseiten. Uns reicht ein Papierausdruck mit je 1-2 Seiten zu den acht Legislaturzielen. Wir haben daher unseren Wunsch gegenüber dem Stadtrat nochmals erneuert und wir hoffen, damit Gehör zu finden, auch wenn der Stadtrat mit dem Bericht einem kommunistischen Fünfjahresplan zu folgen scheint, soll doch während 5 Jahren das Konzept nicht verändert werden. Wir geben jedoch die Hoffnung nicht auf, dass separat neben dem Jahresbericht doch noch ein Rechenschaftsbericht erstellt wird.

Die GPFK nimmt den Jahresbericht zur Kenntnis, hat aber unter diesen Umständen verzichtet, den Bericht im Detail zu beraten.

Bei der diesjährigen Rechnungsprüfung hat sich die GPFK wiederum auf die Prüfung von Prozessabläufen fokussiert und hat sich nur auf ausgewählte Zahlen konzentriert. Dies, da Hüsser Gmür und Partner als Revisor bereits drei Prüftage aufgewendet hat.

Im Auftrag der GPFK hat Hüsser Gmür und Partner eine Schwerpunktprüfung zu den Baubewilligungen durchgeführt, dies seit Mandatsübernahme 2007 erstmalig. Da die Prüfung lockdownbedingt verschoben werden musste und erst kürzlich nachgeholt werden konnte, konnten wir die Beratungen noch nicht abschliessen. Wir behalten uns deshalb vor, zu einem späteren Zeitpunkt an einer Sitzung zu dieser Schwerpunktprüfung Stellung zu nehmen.

Dies waren meine eintretenden Worte zum Jahresbericht von Seiten GPFK.

Detailberatung Rechnung 2019

GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus (SVP): Hüsser Gmür und Partner attestiert bezüglich Jahresrechnung einmal mehr, dass sich die Buchhaltung in einem einwandfreien Zustand präsentiert. Dies sind wir von Marc Lindenmann, Leiter Finanzen, nicht anders gewohnt. Die Jahresrechnung entspricht den gesetzlichen Vorschriften und der Prüfbericht erfolgt ohne Einschränkungen, Hinweisen und Zusätzen.

0 Allgemeine Verwaltung

GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus (SVP): Wir haben uns beim Stadtrat erkundigt, wie er die Entschädigung einzelner Mitglieder, insbesondere nach der Neuorganisation in der Stadtverwaltung, beurteilt. Weiter fragten wir nach, ob der Stadtrat es als zeitgemäss erachtet, dass Entschädigungen für weitere Mandate, die ausserhalb der städtischen Verwaltung wahrgenommen werden, nicht in die Stadtkasse einbezahlt werden. Antwort Stadtrat: Die Entschädigungen des Stadtrats sind im Vergleich zu anderen Gemeinden eher bescheiden. Unter dieser Prämisse erachtet der Stadtrat es als gerechtfertigt, dass Mandatsentschädigungen nicht in die Stadtkasse einbezahlt werden. Der Stadtrat möchte aber im Hinblick auf die nächste Legislaturperiode die Löhne anpassen. In diesem Kontext wird er prüfen, ob die Mandatsentschädigungen weiterhin den Personen zufließen sollen. Weiter wird abgeklärt, ob der "Ehrentamtsabzug" von einem Drittel noch zeitgemäss ist. Seitens der Gemeindeammännerversammlung besteht ein Musterreglement für die Gemeinderatsentschädigungen. Der Stadtrat hat uns bestätigt, dass dieses Reglement bei der Überprüfung der Besoldung beigezogen wird.

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung

GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus (SVP): Die GPFK hat festgestellt, dass die Repol sehr effizient und kostenbewusst arbeitet. Bei Ersatz- oder Neuanschaffungen werden vorgängig alle Vor- und Nachteile geprüft. Es wird intensiv nach besseren und/oder günstigeren Lösungen gesucht, bevor über eine Anschaffung entschieden wird.

2 Bildung

GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus (SVP) Ich ziehe einen Punkt vor, der in der Bilanz, Konto Rückstellungen, vorkommt, da er gut zu Schulliegenschaften passt.

Beim Konto 2090.01 ergab sich eine Rückstellung von Fr. 117'578.– betreffend einen Streitfall in Sachen Bodenbelag im Zusammenhang mit dem Umbau und der Erneuerung Schulhaus Bleicherain. Es geht um Forderungen eines Subunternehmens für die Parketterneuerung, nachdem der Auftragnehmer Konkurs ging. Die Stadt bestreitet die Restforderung nicht. Es geht nur um die Restzahlung. Der Stadtrat möchte aber vermeiden, dass das Geld dem falschen Gläubiger bezahlt wird und dass allenfalls eine Mehrfachzahlung geleistet werden muss. Die Verhandlungen, bei welchen eine einvernehmliche Lösung angestrebt wird, stehen kurz vor dem Abschluss.

Wir fragten nach, ob bezüglich Vergabe von Arbeiten an Subunternehmen daraus Konsequenzen für die nächsten Werkverträge gezogen werden. Grundsätzlich lässt dies die SIA-Norm zu, sofern eine schriftliche Bestätigung des Bauherrn vorliegt. Bei geringfügigen Arbeiten darf man diese ungesehen an die Subunternehmen weitergeben. In diesem konkreten Fall ist die Frage, was heisst geringfügige Arbeit, offenbar der Streitpunkt. Zukünftig möchte man diesem Aspekt in den Werkverträgen spezifisch Rechnung tragen und darauf hinweisen, sowie im Prozess festhalten, dass Zahlungen an die Auftragnehmer erst erfolgen, wenn nachgewiesen werden kann, dass die Subunternehmer bezahlt wurden.

3 Kultur, Sport und Freizeit

Konto 3290 / Kultur übriges

GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus (SVP): Bei den Beiträgen an das Stapferhaus haben wir eine Umgliederung festgestellt, die zweckmässig ist. Allerdings fehlt in der Jahresrechnung dafür eine Begründung. Die GPFK erwartet, dass man Umgliederungen von einer Funktion in eine andere künftig entsprechend transparent offenlegt.

4 Gesundheit

GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus (SVP): Die GPFK hat zur Gesundheit keine Bemerkungen.

5 Soziale Sicherheit

GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus (SVP): Die Soziale Sicherheit ist unser Sorgenkind, wie praktisch in jeder Gemeinde. Erfreulich ist, dass trotz einer grösseren Fallzahl der Aufwand netto Fr. 480'000.– unter dem Budget liegt. Dies bedingt durch einen Systemwechsel. Die Fälle werden innerhalb der Sozialen Dienste entschieden. Die Sozialkommission hat den Rahmen dazu festgelegt und macht Stichkontrollen. Es wurden mehr Ressourcen bewilligt, was sich offensichtlich bei den Zahlen zeigt.

Beim Asylwesen lässt sich leider feststellen, dass die Gemeinden vermehrt Sozialhilfeempfänger "abschieben", kurz bevor die Bundesunterstützung ausläuft. Gesetzlich wäre dies unzulässig, aber die Beweisführung ist hier schwierig. Hinzu kommt, dass die Sozialen Dienste auch mit dem Umstand kämpfen, dass es Vermieter gibt, die Sozialhilfeempfänger gerne als Mieter haben und es zu einem Businessmodell machen, da die Sozialen Dienste die Mieten übernehmen. Es wurden neue Vorgaben zu den Mietzinsbeteiligungen eingeführt, um Einhalt zu gebieten.

6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus (SVP): Letztes Jahr wurde bereits die Problematik angesprochen, dass im Winter Personen im Parkhaus Murackerstrasse "herumhängen". Man ist diesbezüglich im Gespräch mit dem Miteigentümer, um bauliche Massnahmen zu realisieren, mit denen Abhilfe geschaffen werden kann. Geplant ist auch, beim Treppenabgang ein Gitter und eine Tür anzubringen.

In der Zwischenzeit konnte aber die Auslastung verbessert werden. In den letzten vier Jahren konnten die Einnahmen deutlich gesteigert werden. Man geht davon aus, dass die Attraktivität dieses Parkhauses mit dem Neubau des Bahnhofs noch weiter steigen wird.

7 Umweltschutz und Raumordnung

GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus (SVP): Aus dem Prüfgespräch konnten wir feststellen, dass es beim Aufladen der Gebührenkarten für die Unterflur-sammelstellen zu einem grösseren Publikumsverkehr bei der Abteilung Finanzen kommt. Auch ist der Hinweis im Abfall-Sammelkalender etwas unklar. Aktuell wird im Rahmen von "Smart City" eine neue Lösung geprüft. Auch in anderen Bereichen der Stadtverwaltung soll vermehrt die Möglichkeit zu bargeldlosem Zahlungsverkehr geboten werden.

8 Volkswirtschaft

GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus (SVP): Sie haben es im Jahresbericht und in den Medien gelesen: Das Tourismusbüro verkauft keine Fahrkarten mehr. Entsprechend wurden auch die Öffnungszeiten reduziert. Braucht es noch ein Tourismusbüro? Diese Frage steht im Raum und wird geprüft. Das Tourismusbüro untersteht der neugeschaffenen Abteilung Standortmarketing & Kommunikation und wird im Rahmen von Lenzburg21 neu organisiert. Denkbar ist auch, dass neue Aufgaben übernommen werden können, wie z.B. die Organisation des Jugendfests (falls wieder eines stattfinden kann) oder des Wochenmarkts etc. Diese neuen Aufgaben könnte die Abteilung im neuen Verwaltungszentrum übernehmen, falls wir Ja dazu sagen.

Wir vermissen noch das Konzept zur neu geschaffenen Abteilung Standortmarketing & Kommunikation. Was stellt sich die Stadt darunter vor? Das Konzept lässt auf sich warten, da die Sachbearbeiterin nur 60 % arbeitet und von der Visitenkarte bis zur Strategie für alles zuständig und nun coronabedingt auch sehr belastet ist. Wir sind auf das Konzept gespannt.

9 Finanzen / Steuern

Unser Dauerbrenner in der GPFK ist die Immobilienstrategie, welche ebenfalls noch auf sich warten lässt. Diese wurde uns schon seit längerer Zeit versprochen und nun auf Ende 2020 verschoben. Die Dringlichkeit dieser Strategie sehen wir auch in der vorliegenden Rechnung. Wir haben mehr Aufwendungen für Bestandesliegenschaften von rund einer halben Million Franken. Von einer solchen Strategie erhoffen wir uns natürlich, dass eine bessere und genauere Planung dieser Unterhaltskosten möglich wird.

Erfolgsrechnung / Artengliederung / Investitionsrechnung / Bilanz / Geldflussrechnung / Anhang mit Eigenkapitalnachweis / Gewährleistungsspiegel / Kreditkontrolle / Anlagenspiegel / Saldonachweis / Anlagen im Bau / Personalbestand

GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus (SVP): Von unserer Seite gibt es nur noch die Anmerkung zum Konto 1020 / kurzfristige Darlehen. Die Stadt hat der SWL ein kurzfristiges Darlehen über 3 Mio. Franken gewährt. Dies auch unter dem Aspekt, dass die Einwohnergemeinde für ihre liquiden Mittel bei den Banken keine Negativzinsen bezahlen muss. Aufgrund einer Umstellung bei der Fakturierung war die SWL auf dieses Geld angewiesen. Bereits wurde 1 Mio. Franken zurückbezahlt. Das restliche Darlehen über 2 Mio. Franken wurde verlängert und muss verzinst werden. Rechtlich ist ein solches Darlehen zulässig, dies lässt das Handbuch "Rechnungswesen der Gemeinden" zu. Allerdings sagt es auch, dass es dafür Richtlinien benötigt, nach welchen Kriterien und wofür man diese Darlehen gibt. Der Revisor hat empfohlen, die Richtlinien bis Ende Jahr auszubauen.

Empfehlung der GPFK

GPFK-Präsidentin Corin Ballhaus (SVP): Die GPFK empfiehlt Ihnen einstimmig die Annahme des Jahresberichts und der Rechnungen 2019.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Danke, Corin Ballhaus. Wie jedes Jahr hat uns auch der Bericht der Hüsser Gmür und Partner AG bestätigt, dass die Jahresrechnung 2019 den gesetzlichen Vorschriften entspricht und empfiehlt dem Einwohnerrat ebenfalls, diese zu genehmigen.

Wünscht jemand das Wort. Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Antrag des Stadtrats vom 13. Mai 2020 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Es werden genehmigt:

- a) der Jahresbericht 2019 der Einwohnergemeinde;
- b) die Rechnungen der Einwohnergemeinde für das Jahr 2019

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 17. August 2020 ab.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Ich möchte mich meinen Vorrednern anschliessen und Vizeammann Franziska Möhl sowie Marc Lindenmann, Leiter Finanzen, Danke sagen. Ihr seid ein kompetentes Team und verwaltet unsere Finanzen super. Ein besonderer Dank geht auch an das Team der GPFK unter der Leitung von Corin Ballhaus. Die GPFK opfert unzählige Stunden, prüft die Rechnungen und stellt teils auch kritische Fragen. Ich schlage vor, wir nutzen die Gunst der Stunde und schenken der GPFK ihren ersten Applaus im Rittersaal. [Applaus]

Vizeammann Franziska Möhl: Vielen Dank für die einstimmige Zustimmung zum hervorragenden Jahresabschluss 2019. Ich denke, ein solcher Jahresabschluss ist wirklich ausserordentlich erfreulich. Dies darf man so nicht erwarten. Schaut man – auch coronabedingt – in die Zukunft, so wird es schwierig sein, ein solches Ergebnis zu toppen. Dieses kommt auch nur zustande, wenn Stadtrat und Verwaltung am gleichen Strick ziehen und die Zusammenarbeit mit der Abteilung Finanzen, welche jede Rechnung sehr akribisch hinterfragt, funktioniert.

Ich machte ein paar Quervergleiche mit Aarau, Baden, Brugg, Wohlen und Zofingen, d.h., mit den grösseren Gemeinden im Kanton Aargau. Wir sind die einzigen, die ein positives Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit erzielt haben. Auch das Gesamtergebnis darf sich zeigen lassen. Wir stehen auf Rang 3, hinter Baden und Aarau auf dem Podest. Beim Fiskalertrag pro Einwohner (nicht steuerfussbereinigt), sind wir auch auf Rang 3, hinter Baden und Aarau. Baden ist ausserordentlich, v.a. wegen den hohen Aktien- und Unternehmenssteuern.

Wir sind davon ausgegangen, dass wir aufgrund des Bevölkerungswachstums 11'000 Einwohner zählen werden. Mit 10'828 Personen haben wir diesen Wert nicht ganz erreicht. Dadurch ist auch der Steuerertrag etwas tiefer ausgefallen. Ich betrachte den Steuerertrag der natürlichen Personen immer inkl. Quellensteuern. Quellensteuern bezahlen Ausländer, die keine Niederlassungsbewilligung haben. Ihnen werden die Steuern direkt vom Lohn abgezogen. Bei den Quellensteuern haben wir das Ergebnis übertroffen. Gesamthaft kann ich sagen, dass das Ergebnis der natürlichen Personen mit einer Abweichung von unter einem Prozent (0,64 %) als Ziellandung bezeichnet werden darf.

Zur Dividende der SWL, die immer wieder ein Thema ist: Wir haben die Dividende der SWL mit 40 % des Gesamtergebnisses, im Minimum jedoch 1,2 Mio. Franken, budgetiert. Die 1,2 Mio. Franken entsprechen in etwa dem Geschäftsergebnis der SWL. Aufgrund des warmen Winters ging der Gasabsatz zurück, was sich auf das Geschäftsergebnis ausgewirkt hat.

Beim Steuerertrag sind wir gut in dieses Jahr gestartet, bis zum Zeitpunkt der Coronavirus-Epidemie, die uns auch finanziell Sorgen bereitet. Wir wissen jedoch noch nicht, wohin die Reise gehen wird. Der Regierungsrat hat beschlossen, dass er "Coronarückstellungen" rückwirkend auf das Geschäftsergebnis per 31. Dezember 2019 zulässt, damit die Unternehmen über mehr Liquidität verfügen. Dies mindert jedoch wiederum unseren Steuerertrag.

Wie können wir dies auffangen? Wir rechnen mit Nachträgen aufgrund von Dividendenausschüttungen, da diese ab 2020 stärker besteuert werden (Steuerreform im Zusammenhang mit der AHV-Finanzierung).

2019 hatten wir ein sehr gutes Börsenjahr. Dieses wird tendenziell noch zu Nachträgen führen. Gesamthaft rechnen wir aber damit, dass wir das Budget um ca. eine halbe Million Franken nicht erreichen werden. Wir rechnen bei den Einkommens- und Vermögenssteuern mit ca. 29,5 Mio. Franken Ertrag.

Bei den Aktiensteuern ist es noch etwas schwieriger. Im Budget haben wir 4,1 Mio. Franken eingestellt. Coronabedingt wären wir nun zufrieden, wenn wir einen Ertrag von 3,5 Mio. Franken erreichen würden, was bereits eine Herausforderung ist.

4 Umgestaltung und Sanierung Bahnhofstrasse (Abschnitt Augustin Keller-Strasse bis Kernumfahrung); Verpflichtungskredit

Sprecher der GPFK ist Daniel Blaser (CVP): Heute liegt uns der Verpflichtungskredit für die Umgestaltung der Bahnhofstrasse in der Höhe von Fr. 2'250'000.– vor. Der Bund wird sich mit Fr. 550'000.– an den Kosten beteiligen. Somit wird uns die Bahnhofstrasse netto 1,7 Mio. Franken kosten.

Die im Jahr 1949 erstellte Strasse resp. ihr Belag hat seine Lebensdauer erreicht. Die Stärke der Foundation ist für das aktuelle Verkehrsaufkommen zu gering, was sich mit diversen Verformungen und Belagsflicken auf der gesamten Länge bemerkbar macht. Die Strassenfahrbahn wird angehoben. Die Bahnhofstrasse hat in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung gewonnen. Sie ist für die Stadt Lenzburg eine wichtige Verbindungsachse zwischen Ost und West und dies nicht nur für den motorisierten Verkehr, sondern auch für den Öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr.

Die GPFK begrüsst die Umgestaltung der Bahnhofstrasse. Mit der Erneuerung des Hypi-Platzes soll eine attraktive Achse von der Altstadt bis zum Bahnhof entstehen. Eine neue Visitenkarte von Lenzburg. Trotzdem gab es in der GPFK einiges zum Diskutieren. Zum einen die Bushaltestellen und zum anderen die Führung des Fahrradwegs. Bei der Bushaltestelle wurde die Sicherheit der ein- und aussteigenden Personen in Frage gestellt. Ein Fahrradfahrer, welcher zügig zum Bahnhof will, möchte nicht hinter dem Bus warten und weicht nach rechts auf den Fussgängerweg aus, um sich zwischen Bus und Bushäuschen durchzuzwängen. Mehrere Bushaltestellen haben gemäss Stadt vergleichbare Situationen. Die Frage, ob es ein Bushäuschen resp. eine Haltestelle braucht, wurde gestellt. Ohne Bushaltestelle könnten ca. Fr. 100'000.– eingespart werden und die Sicherheit der Fahrradfahrer und Fussgänger würde verbessert. Die zwei Bushaltestellen werden im Schnitt von 69 ein- und aussteigenden Personen benutzt. Es gibt in der Stadt Bushaltestellen, die eine tiefere Frequentierung aufweisen. Von der Bushaltestelle bis zum Bahnhof sind es 440 m und von der Bushaltestelle zum Hypiplatz 290 m. Für die Jüngeren ist diese Distanz sicherlich kein Problem, für ältere Personen könnten jedoch diese Strecken zu lange sein. In städtischen Bereichen wird empfohlen, alle 300 bis 400 m eine Bushaltestelle anzubieten. Was in diesem Fall passend wäre. Auch die Kosten für ein Bushäuschen wurden thematisiert. Fr. 350'000.– für sechs Glasscheiben, zwei Dachplatten, acht Metallpfosten, sowie zwei Sitzbänke, ist ein stattlicher Betrag. Es wäre noch zu prüfen, ob es einen anderen Anbieter gibt, welcher mit denselben Sicherheitskriterien eine günstigere Lösung anbieten könnte. Die Fahrradführung zum ehemaligen Storchenäscht auf der Bahnhofstrasse und beim Kreisel (Höhe Bahnhof), welche bereits bisher als kritisch betrachtet wurde, bleibt unverändert. Mit der Anpassung der Bahnhofstrasse in eine Tempo-30-Zone und zusätzlichen Bodenmarkierungen beim ehemaligen Storchenäscht soll die Situation verbessert werden.

Im Gespräch mit dem Leiter der Abteilung Tiefbau und Verkehr haben wir festgestellt, dass diverse Varianten für die Umgestaltung und der Sicherheitsaspekt des Verkehrs geprüft wurden und die Vorlage die optimale Lösung abbildet.

Zu den Anträgen:

1. Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, dem Verpflichtungskredit von brutto Fr. 2'250'000.–, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten, für die Umgestaltung und Sanierung der Bahnhofstrasse, Abschnitt Augustin Keller-Strasse bis Kernumfahrung, zuzustimmen.
2. Mit Stichentscheid der Präsidentin empfiehlt die GPFK dem Einwohnerrat, den Beschluss gemäss Ziff. 1 *nicht* einer Urnenabstimmung zu unterstellen.

Julia Mosimann (SP): Ich denke, wir sind uns alle einig, dass die Bahnhofstrasse eine wichtige Strasse und ein wichtiges Projekt ist. Die Bahnhofstrasse ist das Tor zu unserer Stadt und der Weg zur Altstadt. Gleichzeitig ist sie auch der Arbeitsweg von vielen und ist eine vielbenutzte Strasse. Insbesondere auch aufgrund des Zustands des Strassenbelags ist es an der Zeit, dass die Strasse saniert wird.

Die Umstellung auf Tempo 30 begrüssen wir sehr. Dieses Anliegen wird von unserer Seite schon seit längerem unterstützt und die Entschleunigung ist wichtig für die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer. Die Beibehaltung der Bushaltestelle (inkl. Häuschen) erachten wir als wichtig. Die Förderung eines guten Öffentlichen Verkehrs ist auch im Blick auf die Zukunft sehr wichtig und bedeutet Qualität. An der Infoveranstaltung wurde klar, dass das Projekt in vielerlei Hinsicht eine Kompromisslösung und leider nicht die gewünschte Musterlösung darstellt und nicht alles bieten kann.

Insbesondere der Fahrradverkehr gab an unserer Fraktionssitzung viel zu diskutieren. Der Fahrradverkehr wurde zu wenig berücksichtigt und gewichtet. Die Bahnhofstrasse wird von vielen Fahrradfahrern benutzt. Wie wir in den letzten Monaten beobachten konnten, wird der Zweiradverkehr weiter zunehmen. Ich gehöre auch zu den Fahrradfahrern und habe schon die eine oder andere kritische Situation erlebt, vor allem bei den Strassenquerungen. Eine gute Führung und eine klare Signalisation zur Querungen der Strasse (nach der Unterführung Müli Märt und beim Kreisel) fehlt. Wir hätten uns gewünscht, diese beiden Bereiche wären auch in die Vorlage integriert worden. Die Situation für den Langsamverkehr muss verbessert werden. Sie bleibt unübersichtlich und gefährlich. Uns ist bewusst, dass durch die begrenzten Platzverhältnisse kein zusätzlicher Raum für Fahrradfahrer geschaffen werden kann. Wir wünschen uns trotzdem eine Verbesserung der Situation. Wir bitten den Stadtrat, bei den erwähnten Querungen eine Verbesserung für mehr Sicherheit (z.B. Velosymbol, Markierungen, Signalisationen etc.) zu realisieren. Dies für die Sicherheit der Fahrradfahrer, aber auch für alle anderen Verkehrsteilnehmer.

Das Projekt erachten wir trotz allem als unterstützungswert. Mit Tempo 30 wird ein guter Schritt in die richtige Richtung gemacht. Die SP wird dieser Vorlage einstimmig zustimmen.

Adrian Höhn (GLP): Es ist an der Zeit, dass die Bahnhofstrasse saniert wird. Es sind jedoch nicht alle mit dem Projekt zufrieden, was auch nicht möglich ist. Für die einen fehlt dies, für die anderen etwas anderes. Man hat die Strasse – meiner Meinung nach – so geplant, wie wir sie schon immer hatten, nämlich in eine Richtung und zwar vom Bahnhof hinunter zur Altstadt. Es gibt noch einen anderen Aspekt, den man ausser Acht gelassen hat, die Querverbindungen. Verbindungen für den Fahrradfahrer beim ehemaligen Storchenäscht und den Primarschüler aus den nördlichen Quartieren. Zudem müssen sich die Busse auf der Bahnhofstrasse queren können. Wir versuchen, mit dem Strassenkonzept, jedem Verkehrsteilnehmer einen Raum zu geben und stossen damit auf die Kapazitätsgrenze (= Strassenbreite).

Was wollen wir aber mit der Bahnhofstrasse erreichen? Eines der Ziele ist die Attraktivität. Sie soll ja nicht nur attraktiv zum Durchfahren sein, sondern es sollen auch die dortigen Verkaufsläden unterstützt werden. Ankommende Personen beim Bahnhof Lenzburg sollen motiviert werden, in Lenzburg auszusteigen, zu flanieren und sich in Richtung Altstadt zu begeben. An der letzten Sitzung haben wir darüber gesprochen, Wirtschaftsförderung für die Altstadtgeschäfte zu betreiben. Dabei wurde auch argumentiert, dass wir diese Geschäfte nicht direkt unterstützen müssen, sondern ihnen attraktive Rahmenbedingungen bieten sollen. Ich bin der Meinung, wir müssen nun an der Attraktivität der Rahmenbedingungen arbeiten. Die ansässigen Geschäfte an der Bahnhofstrasse haben nicht die besten Voraussetzungen, da genau das fehlt, was ein Geschäft an dieser Lage attraktiv macht. Es soll flanierende Personen und Laufkundschaft haben, nicht nur Durchgangsverkehr. Wir können die Rahmenbedingungen verbessern, um die gesamte Situation zu verbessern, sodass es wirtschaftlich eine attraktivere Lösung gibt. Damit bringen wir viele Pendler wieder in die Altstadt. In zehn Jahren, wenn der Bahnhof umgebaut ist, werden wir 60'000 Pendler zählen. Davon wird nur ein kleiner Teil die Altstadt besuchen. Etwas hält die Pendler davon ab, auf dem nach Hause Weg in Lenzburg einkaufen zu gehen. Es herrschen auf dieser Strasse unterschiedliche Bedürfnisse zu verschiedenen Tageszeiten. Die starre Lösung, welche im Projekt vorgesehen ist, benötigt eine Flexibilisierung. Eine Flexibilisierung in dem Sinne, dass man zu unterschiedlichen Tageszeiten die Strasse auch anders nutzt, also als Begegnungszone. Dadurch müssten keine Spuren für die einzelnen Verkehrsteilnehmer angeboten werden.

Ich habe ein Merkblatt der Schweizerischen Vereinigung der Verkehrsingenieure und Verkehrsexperten SVI über die Kriterien für eine Begegnungszone in Geschäftsbereichen. Ich werde euch einige dieser Kriterien vorlesen:

- *Kriterien für Fussgänger: Ein flächiges Querungsbedürfnis, beidseitig publikumsorientierte Nutzung.*

Das wollen wir ja auch erreichen. Mit dem weiteren Ausbaukonzept der BNO möchten wir diese Strasse für publikumsorientierte Nutzung stärken.

- *Bedürfnis nach Aufenthalt und Flanieren im Strassenraum, Zentrumsfunktion bzw. Möglichkeit für eine entsprechende Aufwertung der Zentrumsfunktion.*

Genau dies wollen wir ja erreichen, wenn nicht hier wo dann? Wir möchten die Personen zum Flanieren bewegen.

- *Für das Verkehrsaufkommen ist das Kriterium: Siedlungsorientierte Strasse, z.B. beim Parkieren: Parkieren hat untergeordnete Bedeutung, wenig Suchverkehr, wenig Parkmanöver aber Kundenparkplätze sind entlang der Strasse trotzdem möglich.*
- *ÖV: Haltestellen liegen innerhalb oder direkt angrenzend an die Begegnungszone und sorgen für hohe Fussgängerfrequenzen und damit eine starke Belebung.*

Ich sehe viele der Kriterien als erfüllt, um über das Projekt nochmals nachzudenken, ob wir mit der vorliegenden Vorlage auf dem Weg sind oder ob das Thema Begegnungszone auch in Betracht gezogen werden soll. Betrachten wir, was wir noch alles in der Bau- und Nutzungszone in diesem Gebiet vorhaben, bleibt mir nur zu sagen, dass das Projekt zurückgewiesen werden soll, um darüber nachzudenken, ob wir es nicht neu mit einer Begegnungszone planen sollten.

Wir stellen folgenden Rückweisungsantrag:

"Das Projekt Umgestaltung und Sanierung Bahnhofstrasse ist zurückzuweisen und als Begegnungszone dem Einwohnerrat wieder vorzulegen".

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Danke, Adrian Höhn. Wir werden nun nur noch über den Rückweisungsantrag der GLP diskutieren.

Julia Mosimann (SP): Der Rückweisungsantrag mit dem Anliegen Begegnungszone war bei uns in der Fraktion ein schwieriges Thema. Wir waren hin- und hergerissen. Begegnungszone und Förderung des Langsamverkehrs ist für uns ein sehr wichtiges Thema, welches wir unterstützen. Der Antrag ist für uns jedoch nicht ideal und wir werden ihm nicht zustimmen. Tempo 20 an der Bahnhofstrasse würde von Seiten Fahrradfahrer auch eine Einschränkung bedeuten. Fahrradfahrer, die bergab fahren, werden das Tempo nicht einhalten. Die Bahnhofstrasse ist als Begegnungszone mit dem aktuellen Verkehr zu unübersichtlich. Eine Begegnungszone bedingt auch den Verzicht auf Fussgängerstreifen, was insbesondere für Schulkinder keine Verbesserung bedeutet und Gefahren mit sich bringt. Schulkinder benötigen eine gewisse

Sicherheit, brauchen Vorgaben und Abgrenzungen, damit sie wissen, wo es lang geht. Es sind diverse Punkte, die die Begegnungszone schlussendlich aus unserer Sicht nicht oder nicht zum jetzigen Zeitpunkt umsetzbar macht. Das Anliegen kann mit Blick in die Zukunft weiterverfolgt werden. Es wäre aus unserer Sicht auch eine Möglichkeit, einen Einbahnverkehr zu realisieren, dies auch im Hinblick auf die Bahnhofsgestaltung. Wir werden den Rückweisungsantrag nicht unterstützen und bleiben bei der ursprünglichen Vorlage.

Michael Häusermann (SVP): Adrian Höhn möchte mit einer Begegnungszone vor allem den Querverkehr verbessern. Betrachten wir doch die Bahnhofstrasse im besagten Bereich: Auf der südlichen Seite finden wir nur ein Geschäft. Auf der nördlichen Seite befinden sich auch nur wenige Verkaufsläden. Ich frage mich, wer dort flanieren soll. Die Bahnhofstrasse hat historisch gesehen immer noch die Funktion der Verbindung der Stadt zum Bahnhof.

Bei zwei Voten wurde hauptsächlich über den Fahrradverkehr gesprochen. Ich schliesse nicht aus, dass es im Bereich der Bushaltestellen zu Konflikten kommen kann. Konflikte entstehen, weil die Fahrradfahrer nicht bereit sind, die Verkehrsregeln zu befolgen. Für mich soll die Bahnhofstrasse weiterhin die Funktion der Verbindung zum Bahnhof haben. Wird eine so lange Begegnungszone (Tempo 20) geschaffen, kann sie diese Verbindungsfunktion nicht mehr wahrnehmen. Ein Fahrradfahrer (und schon gar nicht ein Lenker eines noch schnelleren E-Bikes) bremst kaum, wenn er vom Bahnhof Richtung Stadt fährt. Ich bin deshalb gegen den Rückweisungsantrag.

Lukas Häusler (Grüne): Es ist eine denkwürdige Veranstaltung. Ich bin mehrheitlich der Meinung von Michael Häusermann. Das gab es noch nicht so oft. Ich sehe das vorliegende Projekt des Stadtrats als Kompromiss, der in vielen Bereichen unbefriedigend ist. Ich bin aber trotzdem der Meinung, dass Tempo 30 eine gute Sache ist. Die Bahnhofstrasse ist eine Verbindungsachse, die es aufgrund des Geländeprofiles nicht zulässt, dass viele tolle Läden und Kaffees entstehen, die zum Flanieren einladen. Bei Tempo 30 erachte ich das Hinunterfahren mit dem Fahrrad als realistisch, bei Tempo 20 wird es eher kritisch. Eine Begegnungszone sehe ich lieber an einem sinnvolleren Ort. Wir Grüne beurteilen an diesem Ort eine Begegnungszone als nicht gut.

Stadtrat Martin Stücheli: Lenzburg machte sehr gute Erfahrungen mit Begegnungszonen. Wir haben in der Altstadt eine gut funktionierende Begegnungszone. Trotzdem gibt es immer wieder Anfragen, wie man Begegnungszonen attraktiver machen könnte. Betrachtet man die Bahnhofstrasse, so ist diese in erster Linie nach wie vor eine Verkehrsachse. Der Zugang zum Bahnhof wird zum grossen Teil über diese Strasse gewährleistet oder muss gewährleistet werden. Aus diesem Grund ist eine Begegnungszone bei dieser Strasse nicht geeignet. Es darf nicht vergessen werden, dass unsere Bahnhofstrasse eine Schwerverkehrsrouten ist, was aber eine Begegnungszone nicht ausschliessen würde. Dies zeigt aber, die Bahnhofstrasse hat grundsätzlich eine andere Funktion als eine Begegnungszone. Für die Busse wäre es nachteilig, wenn sie auf der Bahnhofstrasse nur mit Tempo 20 fahren dürften und dann auch noch dem Langsamverkehr den Vortritt gewähren müssten. Ich möchte beliebt machen, von der Begegnungszone abzusehen. Tempo 30 ist an diesem Ort der richtige Ansatz.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Danke, Martin Stücheli. Wünscht noch jemand das Wort zum Rückweisungsantrag? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung betreffend Rückweisung.

Abstimmung

Der von der GLP eingereichte Rückweisungsantrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Wir fahren mit dem Geschäft weiter. Wer wünscht das Wort?

Brigitte Vogel (SVP): Wenn Sie schon einmal verträumt unter dem Regenschirm die Bahnhofstrasse entlang marschieren und dann vom vorbeifahrenden Bus nassgespritzt wurden, begreifen sie nur zu gut, dass wir heute über die Sanierung der Bahnhofstrasse diskutieren. Die Sanierung ist dringend notwendig und unbestritten. Da die Platzverhältnisse sehr beschränkt sind, lässt die Sanierung kaum Möglichkeiten offen, um noch viel "Schniggschnagg" einzuplanen. Für ein paar Bäume reichte es jedoch, was sicherlich für das Stadtklima gut ist. Wenn diese regelmässig geschnitten werden, ist auch die bereits angesprochene Schwerverkehrsrouten weiterhin nutzbar. Der Platz ist beschränkt und muss von Fussgängern, Zweiradfahrern und Motorfahrzeugen gleichermassen genutzt werden. Der Schwerpunkt liegt beim Nutzen. Die Bahnhofstrasse Lenzburg muss zweckmässig saniert werden und wird wohl

kaum zu einer Flaniermeile. Die Fraktionen der SVP und der FDP stellen folgenden Änderungsantrag:

" Die Bushaltestelle ist ersatzlos zu streichen (mit einer Kosteneinsparung von rund Fr. 100'00.–). Dagegen soll auf der gesamten Bahnhofstrasse gemäss Projektperimeter ein Belagsaufbau gemäss Belastungsklasse T5 erstellt werden (zusätzliche Kosten von rund Fr. 50'000.–)".

Begründung: Die Kosten stehen nicht im Vordergrund, sondern die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden. Die Auslastung der Bushaltestellen ist sehr gering. Eine grundlegende Veränderung ergab sich mit der Verlegung der Oberstufe von der Schulanlage Angelrain ins Lenzhard. Dadurch sind potenzielle Busspassagiere weggefallen. Durch den Wegfall dieser Haltestelle verlängert sich die Distanz für die Fussgänger zum nächstgelegenen Bushalt unwesentlich um ein paar Minuten. Aufgrund der engen räumlichen Verhältnisse bei den Bushäuschen erhöht sich das Unfallrisiko zwischen Fahrrad- und Busfahrenden erheblich. Der Fussgängerstreifen muss wegen der Bushaltestelle auch versetzt werden und zwar an einen Ort, an welchem er von Kindern nicht benutzt werden würde. Deshalb überqueren die Kinder die Strasse an einem anderen Ort, wo es für alle gefährlich würde. Durch den Verzicht auf die Bushaltestelle kann auch auf die Insel und den "Biene-Maya"-Pfeiler verzichtet werden, zugunsten der Schwertransportroute. Befürworter der Bushaltestelle sind der Meinung, dass durch Tempo 30 die Sicherheit für die Fussgänger wesentlich verbessert würde, was natürlich stimmt. Doch wie aus den Geschwindigkeitserhebungen ersichtlich ist, musste man bisher viel Glück haben, dass man schneller als 30 km/h fahren konnte. Wir bitten Sie, den Änderungsantrag der SVP und FDP zu unterstützen.

Betreffend Unterstellung unter das obligatorische Referendum (Urnenabstimmung) ist sich die SVP nicht einig.

Heiner Cueni (FDP): Ich kann nur wiederholen, was meine Vorrednerin sagte. Primär hat für uns die Sicherheit für die Fussgänger und Fahrradfahrer und vor allem ein flüssiges Verkehrsaufkommen Priorität gegenüber der Bushaltestelle. Mit einem stabileren Belag investieren wir auch in die Zukunft, auch wegen den anstehenden Bauvorhaben und dem damit verbundenen Schwerverkehr. Die FDP-Fraktion unterstützt grossmehrheitlich den Änderungsantrag.

Thomas Schär (SP): Die SP-Fraktion möchte nicht auf die Bushaltestelle an der Bahnhofstrasse verzichten. Die Begründung für die Aufhebung ist für uns nicht nachvollziehbar. Die Zahlen zeigen, dass an der Angelrainstrasse täglich 70 Personen ein- und aussteigen. Dies bedeutet, dass Busse häufig an der Haltestelle vorbeifahren, nicht halten müssen und somit auch nicht den Weg blockieren. Zu Stosszeiten kann es eng werden. Das ist nicht optimal. Andere Haltestellen funktionieren ähnlich. Es geht nur mit Eigenverantwortung aller Verkehrsteilnehmenden. Die ca. 70 Personen, die die Haltestelle nutzen,

machen dies aus gutem Grund. Wer älter, gehbehindert oder in der Mobilität eingeschränkt ist, kann beispielsweise den Arzt direkt bei der Haltestelle aufsuchen. Schülerinnen und Schüler können mit dem Bus in die Schulanlage Angelrain und Personen, die mit Kinderwagen oder Gepäck unterwegs sind, schätzen die Bushaltestelle ebenfalls.

Im Umfeld der Haltestellen besteht Potenzial für grössere Wohnbauten. Mit guter ÖV-Verbindung kann die Zahl der Pflichtparkplätze reduziert werden. Innerstädtisches Wohnen sollte idealerweise ohne Auto möglich sein. Natürlich kann die Strecke zum Bahnhof gut zu Fuss zurückgelegt werden. Es ist aber auch verständlich, wenn bei Schlechtwetter (Regen oder im Winter) der Bus benützt wird und so die Wahl nicht auf das Auto fällt.

Die Zahl der ein- und aussteigenden Schüler variiert natürlich auch aus den gleichen Gründen. Die Aufhebung der Haltestelle könnte zu noch mehr Elterntaxis führen, die sowieso reduziert werden sollten. Die Schulpflege hat festgehalten, dass es diese Haltestelle brauche und Überlegungen würden angestellt, wie Elterntaxis reduziert werden könnten, bspw. mit einem attraktiveren ÖV-Angebot. Wer sich dem Problem der Elterntaxis nicht bewusst ist, soll bei Schulbeginn und -ende beim Kino Urban oder beim Turnerweg vorbeischaun. Mit der Ausdünnung des ÖVs würde man diese bedenkliche Entwicklung auch noch unterstützen.

Bitte lasst uns die Situation nicht nur aus eigener Sicht als mobile Fahrradfahrer beurteilen. Eine einmal aufgehobene Haltestelle kommt nicht so rasch wieder. Wir wollen einen attraktiven ÖV, der zum Umsteigen vom Auto einlädt. Dazu gehört ein gutes Haltestellen-Netz. Die Strecke vom Hypi-Platz zum Bahnhof ist ohne Angelrainhaltestelle zu lang. Die SP-Fraktion ist klar gegen den Änderungsantrag.

Martin Stücheli (Stadtrat): Das ÖV-System funktioniert nur, wenn man ein gutes Bussystem mit genügend Haltestellen hat. An der Bahnhofstrasse haben wir noch Potenzial für weitere Wohnungsbauten. Es ist durchaus möglich, dass in naher Zukunft zusätzliche Wohnungen erstellt werden. Dies würde wiederum die Attraktivität der Bushaltestelle fördern. Gemäss Auskunft der Abteilung Tiefbau & Verkehr könnten wir sehr gut damit leben, dass auf der gesamten Länge der Bahnhofstrasse ein stärkerer Belag eingebaut und im Gegenzug auf die Betonplatte bei der Bushaltestelle verzichtet wird. Wir möchten jedoch nicht auf die Bushaltekante verzichten, damit die Bushaltestelle behindertengerecht bleibt. Ich möchte beliebt machen, dass an den Bushaltestellen festgehalten wird. Dies vor allem auch aus Rücksicht gegenüber denjenigen Personen, die nicht gut zu Fuss sind. Mit Blick auf die Verkehrsbelastung können wir froh sein, wenn der ÖV vermehrt beansprucht wird. Diese Möglichkeiten werden jedoch nur genutzt, wenn ein Haltestellenetz vorhanden ist, das funktioniert. Da die Oberstufe im Lenzhard unterrichtet wird, benutzen weniger Schüler die Haltestelle Angelrain. Das kann sich jedoch wieder ändern. Die Bushaltestelle ist auch am richtigen Ort platziert.

Lukas Häusler (Grüne): Wir möchten noch darauf hinweisen, dass der Bahnhof noch mehr nach Westen verlegt wird. Die Distanz Hypi-Platz zum Bahnhof wird mittelfristig länger. Ältere und gehbehinderte Personen müssen auch berücksichtigt werden.

Christoph Nyfeler (FDP): Als Anwohner der Bushaltestelle Friedweg/ Ammerswilerstrasse erlebe und beobachte ich tagtäglich gefährliche Situationen. In der FDP-Fraktion haben wir zusammen mit unserem Verkehrskommissionspräsidenten, Dennys Mayer, diskutiert. Es geht uns um die Verkehrssicherheit. Was passiert: Wenn der Bus hält, überqueren die Kinder und Erwachsenen die Fahrbahn vor und hinter dem Bus, unabhängig davon, ob es nun Fussgängerstreifen hat oder nicht. Als Anwohner einer Bushaltestelle will ich niemandem den Halt wegnehmen oder Kosten einsparen. Wir wollen sicherheitstechnisch eine saubere Lösung für die Bahnhofstrasse, welche die Schwächsten, nämlich die Kinder, schützt.

Einwohnerratspräsident Sven Amann: Danke, Christoph Nyfeler. Gibt es weitere Wortmeldungen? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag.

Abstimmung

Der von den Fraktionen der SVP und FDP eingereichte Änderungsantrag

Die Bushaltestelle ist ersatzlos zu streichen (mit einer Kosteneinsparung von rund Fr. 100'000.–). Dagegen soll auf der gesamten Bahnhofstrasse gemäss Projektperimeter ein Belagsaufbau gemäss Belastungsklasse T5 erstellt werden (zusätzliche Kosten von rund Fr. 50'000.–).

wird mit bei je 18 Ja- und Nein-Stimmen durch Stichentscheid des Präsidenten angenommen.

Einwohnerratspräsident Sven Amann: Wir fahren weiter. Wer wünscht das Wort.

Thomas Schär (SP): Wir sind über das Ergebnis etwas überrascht, vor allem weil die Vorlage von der GPFK einstimmig zur Annahme empfohlen wurde. Wie bereits ausgeführt, kommt für uns eine Bahnhofstrasse ohne Haltestelle nicht in Frage. Wir stellen deshalb einen Rückweisungsantrag. Die Vorlage soll so überarbeitet werden, dass die Bedenken der Gegner (Sicherheit Schüler beim Queren der Strasse) berücksichtigt werden. Gleichzeitig soll die Bushaltestelle trotzdem ermöglicht werden. Aus unserer Sicht soll dies zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs geschehen. Mögliche Lösungsansätze: Durchgehende Fahrradwege in beide Fahrtrichtungen, Beginn des Fahrradstreifens vor der Bushaltestelle, Vortrittsrecht für Fahrradfahrer beim Queren der Strasse, Lastwagenfahrverbot (bzw. nur Zubringerdienst), Einbahnregime (ÖV davon natürlich ausgenommen).

Einwohnerratspräsident Sven Amman: Danke, Thomas Schär. Gibt es weitere Wortmeldungen zum Rückweisungsantrag? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Abstimmung Rückweisung

Der von der SP-Fraktion eingereichte Rückweisungsantrag wird mit 17 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, abgelehnt.

Es erfolgen keine Wortmeldungen mehr zur Vorlage.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 6. Mai 2020 sowie den Änderungsantrag der Fraktionen der SVP und FDP wird

b e s c h l o s s e n :

1. Der Einwohnerrat stimmt mit 18 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, der Sanierung und Umgestaltung der Bahnhofstrasse, Abschnitt Augustin Keller-Strasse bis Kernumfahrung, zu und bewilligt für die Ausführung des Vorhabens einen Verpflichtungskredit von brutto Fr. 2'200'000.–, zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten.
2. Mit 26 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, unterstellt der Einwohnerrat den Beschluss gemäss Ziff. 1 einer Urnenabstimmung.

5. Verlegung Fussgängersteg Wil; Verpflichtungskredit

Sprecher der GPFK ist Remo Keller (SP): Wir werden wahrscheinlich alle in diesem Jahr aufgrund der Coronavirus-Epidemie die Sommerferien etwas näher verbringen. Ich hätte einen Wandervorschlag: Starten Sie in der Altstadt, umrunden Sie das Schloss und besteigen Sie den Goffersberg, dann hinunter und über den Wildenstein zum Esterliturm. Von dort können Sie über den Vitaparcours. Sie sehen dann zwar bereits den Staufberg, haben aber keinen Wanderweg mehr und können das Bahngleise nicht überqueren. Ev. verirrt man sich bereits im Areal der Sauerstoffwerke (Messer Schweiz AG). Den ersten Schritt, um dies zu beheben und die Durchlässigkeit zu verbessern, haben wir gemacht, indem wir dem Bahnübergang Brännli bereits im Juni 2018 zugestimmt haben. Jetzt kommt der 2. Schritt, indem man die Brücke versetzt und erneuert. Diesen Weg kann man auch joggen. Eine gute Strecke als Vorbereitung zum Wandern. Mit 13,5 km und 400 Höhenmetern geht es doch relativ schnell. Die Verbindung, das hat auch die räumliche Entwicklungsstrategie und das daraus resultierende Freiraum- und Landwirtschaftsentwicklungskonzept gezeigt, ist ein Anliegen. Wie der Vorlage zu entnehmen ist, kommt das Projekt etwas zu spät. Hätte man die Brücke bereits vor zwei Jahren versetzt, wäre sie beim Sturm nicht beschädigt worden. Ein Wehmuts-tropfen, da nun eine neue Brücke erstellt werden muss, was entsprechende Kostenfolgen hat. Nichts desto trotz, die Fr. 283'000.– dürften positiv eingesetzt sein. Wir erwarten zudem noch einen Betrag des Bundes. Die GPFK empfiehlt einstimmig, dem Geschäft zuzustimmen. Die SP-Fraktion wird dem Geschäft auch beipflichten.

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Danke, Remo Keller. Die Diskussion ist offen. Wünscht jemand das Wort? Wenn die Diskussion nicht gewünscht wird, komme ich zur Abstimmung.

Abstimmung

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 8. April 2020 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat stimmt dem Ersatzbau des Fussgängerstegs Wil und dem Verbindungsweg zu und bewilligt für die Ausführung des Vorhabens einen Verpflichtungskredit von brutto Fr. 283'000.– (Netto Fr. 167'000.–), zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 17. August 2020 ab.

6 Umfrage

Jugendfest / Lichterlöschen während des Feuerwerks

Annette Sikyr (SP): Wir haben eine mündliche Anfrage fürs Gemüt. Am Jugendfest werden jeweils in der Altstadt die Lichter während dem Lampionumzug und dem Feuerwerk gelöscht. Coronabedingt sollte man ja dieses Jahr das Feuerwerk von zu Hause aus betrachten und nicht in die Altstadt gehen, um Menschenansammlungen zu vermeiden. Unsere Frage an den Stadtrat: Ist es möglich, der SWL den Auftrag zu geben, die Lichter während des Feuerwerks an den Gemeindestrassen im gesamten Stadtgebiet abzuschalten?

Vizeamman Franziska Möhl: Dem Stadtrat ist wichtig, dass Menschenansammlungen in der Altstadt coronabedingt vermieden werden und aus diesem Grund, das Feuerwerk als Schlusspunkt eines nun nicht stattfindenden Jugendfests von zu Hause bewundert wird. Damit die Sicherheit der Personen in der Altstadt gewährleistet wird, werden Regionalpolizei und Feuerwehr die Altstadt von 22 bis 23 Uhr vollständig absperren und niemanden durchlassen. Um 22.30 Uhr sollte das Feuerwerk pünktlich starten, sofern es trocken bleibt. Die gesamte Strassenbeleuchtung östlich des Aabachs wird ausgeschaltet (ohne Hendschikerstrasse und Knoten Neuhof). In den westlichen Stadtteilen kann die Strassenbeleuchtung aus Sicherheitsgründen jedoch nicht ausgeschaltet werden.

Spielplätze für Kleinkinder

Corinne Horisberger-Buri (FDP): Die Stadt Lenzburg verfügt über zahlreiche Spielplätze (Ziegelacker, Burghalde, Lenzhard, Wilmatten, Lenz usw.). Leider sind sämtliche Spielplätze für Kinder im Alter von 5+ eingerichtet. Mütter und Väter von Kleinkindern haben jedoch mehr Gelegenheit, Spielplätze zu besuchen. Die beiden Spielplätze Ziegelacker und Wilmatten werden rege benützt und sind somit auch dem sozialen Austausch von jungen Familien sehr förderlich. Zudem wurde ich mehrmals von Eltern auf die Spielplatzsituation angesprochen. Es handelt sich also nicht nur um ein persönliches Anliegen. Die Stadt könnte hier mit einem kleinen Aufwand viel bewirken. Zudem geht aus der Masterarbeit von Martina Badertscher zum Thema Wohnzufriedenheit Widmi und Lenz der Wunsch nach einem Ausbau der Spielplätze ebenfalls hervor.

Letzten November durfte ich mit Christian Brenner, Leiter Abteilung Tiefbau und Verkehr, zusammensitzen. Ich wurde offen empfangen und möchte mich für die unkomplizierte Unterstützung herzlich bedanken. Ich habe mich sehr gefreut, als Christian Brenner mir letzten Freitag per Mail mitteilte, dass man bei den Doppelschaukeln der Spielplätze Ziegelacker und Wilmatten Kleinkindersitze montiert hat. Im Wil sieht man aufgrund des Baus des Kunstrasenfelds keine grösseren Anpassungen vor. Für den Ziegelacker hat man mögliche Spielhäuschen ausgesucht. Die Finanzierung muss noch geregelt werden. Ich bin überzeugt, dass die Stadt (ev. zusammen mit Privatsponsoren) in diesem Bereich einen grossen Beitrag für ein attraktives und familienfreundliches Lenzburg leisten kann. Ich würde mich freuen, wenn es nicht nur bei diesem ersten Schritt bleiben würde. Danke vielmals für die Unterstützung.

Schlusswort

Einwohnerratspräsident Sven Ammann: Unsere Jugendfestwoche ist bereits zwei Tage alt. Viele schöne Momente hätten wir schon gehabt, das Land Zmorge am Aabach, die Jugendfestserenade und natürlich das Lachen der Kinder, welche Richtung Mehrzweckhalle gelaufen wären und sich auf ihr "Schuelschätzli" gefreut hätten. Tja, dieses Jahr ist alles anders. Wir dürfen uns jedoch bald an geschmückten Brunnen erfreuen und der Himmel am Freitagabend wird auch bunt. Das Metschgplatsch-Komitee hat eine kreative Lösung erarbeitet und kann vielen Lenzburgern am Samstagabend Livemusik bieten. Dank all diesen Personen, welche Lenzburg ehrenamtlich zu etwas Besonderem machen, leben wir alle gerne hier. Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Sommerzeit, vielen Dank für die Arbeit. Die Sitzung ist geschlossen.
[Applaus]

NAMENS DES EINWOHNERRATS
Der Präsident:

Der Protokollführer:

Abgabe / Zustellung an die Einwohnerräte:

2. Oktober 2020